

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber

an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

gemäß § 39 Abs. 2 LGO

betreffend **Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit des Straßenbauprojektes „Umfahrung Steinschaler Hof“ Rabenstein und Kirchberg an der Pielach**

Begründung

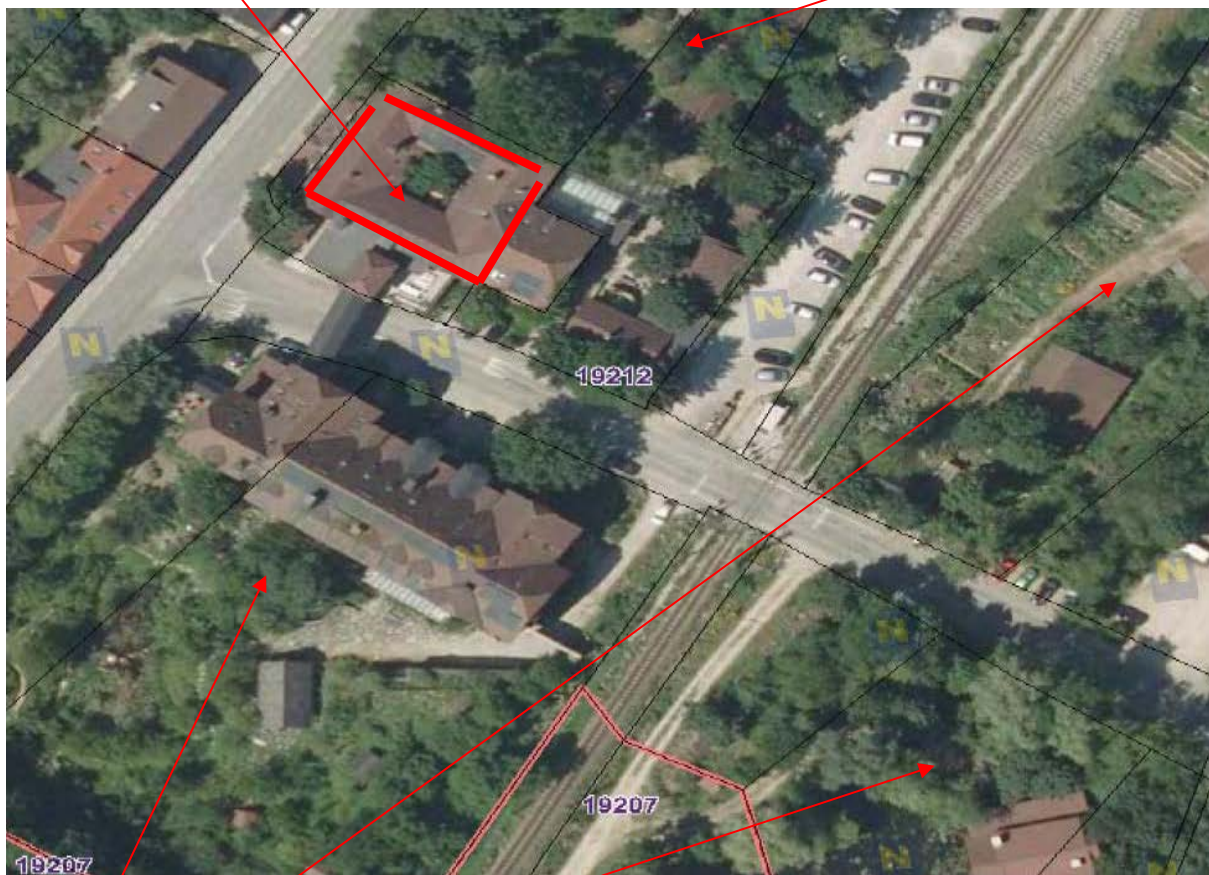
Ein umstrittenes Straßenprojekt im Gemeindegebiet Rabenstein wurde bereits zweimal ad acta gelegt und danach wieder reaktiviert. Mehr als 650 Personen sprechen sich derzeit gegen dieses unsinnige Projekt aus.

Der Steinschalerhof befindet sich an der Gemeindegrenze von Rabenstein zu Kirchberg. Die Ausbreitung und Kubatur der Bauten ist einzigartig. Die Straße ins Tradigisttal wurde überbaut und genau jene Landesstraße (L107) ist heute Gegenstand des höchst umstrittenen Projektes. Diese Ausbreitung des Betriebes verlief nicht immer ganz konfliktfrei, weil im Zuge der Ausbauten in alle Richtungen, auch jenseits und über der Straße oftmals notwendige Bewilligungen nicht zeitgerecht oder erst im Nachhinein eingeholt wurden. Dabei wurden die Bürgermeister zeitweise übergangen oder gegeneinander ausgespielt, da das Objekt genau an der Grenze zweier Gemeinden liegt. Die Urgenz betreffend Baubewilligungen richtete sich dann sogleich an die oberste Stelle des Landes. Dies und mehr wird über den Betrieb gesprochen. In den Augen vieler handelt es sich um „Freunderlwirtschaft“ bis in die Landespolitik hinein. Das kann so nicht stehen bleiben und daher ist diese Anfrage wichtig.

Als nun eine an den Steinschalerhof angrenzende Liegenschaft samt Bahnhof im Frühjahr 2013 von der NÖVOG zum Verkauf angeboten und der öffentliche Aushang von der Gemeinde auf Grund eines angeblichen Versehens nicht vorgenommen wurde, konnten anderen kaufinteressierte AnrainerInnen erst spät reagieren. In einem Gespräch mit dem Landeshauptmann direkt mussten sie erfahren, dass es hier um eine Straßenverlegung weg vom Steinschalerhof ginge - um hier dem Geschäft nicht mehr hinderlich zu sein - hin zu anderen Anrainergebäuden. Dazu sei erwähnt, dass die Verschwenkung dieses Straßenteiles samt Anschluss an eine Siedlungsstraße auch noch den Bau zweier Brücken, die Verlegung eines Baches, einen Bahnschranken sowie eine Lärmschutzwand notwendig macht. Darüber hinaus grenzt eine Mülldeponie an das Areal, deren Schadstoffausmaß nicht abschätzbar ist und welche ebenfalls geräumt werden muss.

Ursprünglich verbaute Fläche bei Übernahme von Herrn Weiß

Acker



Wiese

Die Kosten in angeblicher Höhe von Euro 700. 000.- lassen den Unmut der AnrainerInnen nur noch zusätzlich wachsen. Einige gehen davon aus, dass das Bauprojekt weitaus teurer kommen wird. Somit stand die Privatstiftung Weiß, Besitzerin des Steinschalerhofes, einer breiten Ablehnung der Bevölkerung gegenüber, sodass vom Rabensteiner Bürgermeister der in zwei Fällen erfolgreiche Versuch unternommen wurde, die Angelegenheit durch Einzelbesuche der AnrainerInnen zu bereinigen.

Da die hohen Kosten des Projektes die Gemeindenkassa allzu sehr belasten würden, bietet sich das Land NÖ nun an, die gesamte Finanzierung zu übernehmen.

Angesichts eines rein privaten Interesses einer Wertsteigerung des Areals Steinschalerhof und den Kriterien für die öffentlichen Hand, wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam zu agieren, ist dieses Projekt nicht zu realisieren.

Auch wenn der Betrieb Arbeitsplätze schafft, ist Anzahl und Art der Arbeitsplätze in Relation zu der „öffentlichen Förderung“ mit einem Straßenprojekt zu relativieren. Der Betrieb hat sich im vollen Bewusstsein an diesem Standort entwickelt. Offensichtlich so gut, dass eine Privatstiftung notwendig wurde.

In einem Land, wo die Infrastruktur für Erneuerbare Energie von Betreibern selber zu zahlen ist, ist es nicht zeitgemäß, Straßeninfrastruktur ohne öffentliches Interesse zu bauen und zu fördern. Wenn das Projekt angesichts der Müllhalde und anderer Elemente genehmigungswürdig ist, kann ja die Privatstiftung die Straße bauen.

Daher stellt die gefertigte Abgeordnete folgende

Anfrage

1. Wie war es überhaupt möglich, dass der Hotelkomplex Steinschalerhof beidseits der L107 (inklusive Überführung), noch dazu im Kreuzungsbereich zur B39, in seiner heutigen Form entstehen konnte? Wann wurde was gebaut? Wer hat wann welche Bewilligungen ausgestellt?
2. Wie sieht die geplante Trassenführung der L107 konkret aus? Wer hat in welchem Auftrag wann welche diesbezüglichen Pläne erstellt? Wer hat die Kosten dafür übernommen? Wurden bereits konkrete Vermessungen vorgenommen? Wenn ja, wann?
3. Seit wann ist die Straßenverlegung bereits geplant? Warum wurde die örtliche Bevölkerung, die ein solches Vorhaben zu mehr als 90 % ablehnt, in das Projekt nicht eingebunden und warum wird das im Gemeinderat im nicht öffentlichen Sitzungsteil behandelt?
4. Einziger Nutznießer der geplanten Straßenverlegung ist die „Privatstiftung Weiß“. Sollen hier, wie es den Anschein hat, mit Steuermitteln alte Bausünden „ausgebessert“ und soll in diesem Zusammenhang ein „steuerschonendes“ Konstrukt unterstützt werden?
5. Inwiefern sind die Eisenbahnkreuzungen unsicher, wo doch Kreuzung an der L107 bereits mit Schranken versehen ist und ein weiterer Schranken an der Kreuzung zum „Ranklgraben“ sowieso errichtet werden muss?
6. Wurde sie als Behörde über die begrünte Mülldeponie informiert? Welche Sanierungspläne gibt es?
7. Warum baut die Privatstiftung Weiß die Straße nicht mit eigenen Mitteln?
8. Welche Argumente haben sie für die Bevölkerung, die hier „Freunderlwirtschaft“ ortet, entgegenzuhalten?
9. Wie hat die NÖVOG den Verkauf der Bahnhofs-Liegenschaft öffentlich bekannt gemacht? Wie transparent und allgemein zugänglich läuft das Bieterverfahren oder welches Verfahren wurde gewählt?

LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber